

# SPARTACUS

**EXTRA**

Kommunistische

Jugendorganisation

Juni '72

## KAMPF DEM PARAGRAPHEN 218!

Als 1969 die "sozialliberale" Koalition von SPD und FDP nach den Bundestagswahlen die politische Geschäftsstelle des westdeutschen Kapitalismus übernahm, war ihr eine besondere Aufgabe zugeordnet worden: Mit dem Versprechen von sozialen und den bundesdeutschen Staat liberalisierenden Gesetzen sollte der antiautoritären Studentenbewegung, in deren Gefolge sich zunehmend Teile der Arbeiterjugend zu politisieren begannen, zumindest zeitweilig die Grundlage entzogen werden. Sie sollte so politisch liquidiert werden, indem sich die Masse der eben erst politisierten Lehrlinge dem "reformerischen Geist" dieser neuen Regierung zuwenden sollte.

Der Matador dieser nun prophezeiten Periode des "Reformismus", Willy Brandt, sprach im Bundestag das staatsmännische Wort von dem "Mehr Demokratie wagen". Seit dieser vom Reformgeist triefenden Regierungserklärung ist kaum etwas geschehen, was man mit der Ausweitung von Demokratie oder

"inneren Reformen" bezeichnen könnte, wenn man von der Beruhigungsspielle des Amnestiegesetzes gleich nach dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition einmal absieht. Die Betrugspolitik der "fortschrittlichen" bürgerlichen Parteien SPD und FDP ist allzu offenbar geworden.

### DER § 218....

Eines der vielen Versprechungen, die diese Kapitalistenknechte im wallenden Fortschrittsgewand im Wahlkampf 1969 dem gläubigen liberalen Wählervolk gemacht hatten, war die Reform des Paragraphen 218, der die Abtreibung unter Strafe stellt.

Was bedeutet dieses, seit den finstersten Zeiten des Mittelalters verhängte Abtreibungsverbot gegenwärtig?

Jährlich werden etwa 1,5 - 2 Millionen Abtreibungen illegal vorgenommen, jährlich sterben etwa 300 Frauen und Mädchen unter den Händen von Kurpfuschern oder an den Nachwirkungen unsachgemäßer Eingriffe. Diese Toten sind die Opfer der Illegalisierung und Kriminalisierung der Abtreibung!

**Justizminister Jahn erhält den „Engelmacher-Orden“ des Ringvereins „Frauen in Not“**



Der Orden wird Jahn an einem geheimgehaltenen Ort überreicht. Der Vorsitzende des Ringvereins, Peter Wursimell\*, begründet dabei die Auszeichnung Jahns mit folgenden Worten: „Durch seine konsequente Haltung bei der Abwendung entscheidender Reformen des Paragraphen 218 hat er wesentlich dazu beigetragen, uns unsere Einnahmequellen zu erhalten. Herr Jahn wird auch in Zukunft zu verhindern wissen, daß uns die Ärzte durch eine Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung ins Handwerk pfuschen und unsere Hilfe überflüssig machen.“

\* Der richtige Name des Laechn-Gynäkologen ist bekannt

Wer ist also betroffen?  
Die in der kapitalistischen Gesellschaft vielfach unterdrückte Frau?  
Diese Antwort wäre zu ungenau - wissen wir doch, daß die Frau oder Freundin eines Unternehmers oder eines sonstwie Privilegierten bequem mit einigen Tausendern bei einem der herrschenden

Klasse dienenden und dabei gut verdienenden Arzt eine Abtreibung vornehmen lassen kann, ohne sich durch den § 218 im Strafgesetzbuch besonders gestört fühlen zu müssen. Findet sie in Westdeutschland einmal keinen, so steht ihr das in dieser Hinsicht sicherere, allerdings auch teurere England offen.

**UND DIE ARBEITERFAMILIE ...**

Er verdient, je nach seiner Qualifikation, als Hilfsarbeiter um 600 DM oder als Facharbeiter um 800 DM netto. Sie hat ihre Berufstätigkeit meist aufgegeben und muß - gezwungen durch den Mangel an Kindergartenplätzen - die (meist zwei) Kinder erziehen und den Haushalt versorgen.

Wenn hier nun ein ungewünschtes Kind kommt, beginnt in dieser Familie, die ohnehin bei steigenden Preisen und sinkendem Reallohn kaum ein menschenwürdiges Dasein führen kann, das große Elend. Das staatliche Kindergeld ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und deckt nur einen geringen Teil der wirklich entstehenden neuen Kosten für die Arbeiterfamilie: Man muß sich um eine größere Wohnung kümmern, die - wenn man sie überhaupt nach jahrelangem Suchen und hohen "Abstandszahlungen" und Maklergebühren erhält - durch die hohe Miete einen wesentlichen Teil des Familienetats auffrisst. Die Erziehung der Kinder wird oberflächlicher, ihre berufliche Entwicklung und Qualifizierung gefährdet. Intelligente Arbeiterkinder werden so auch aufgrund dieser Situation heute noch gezwungen, nach der Hauptschule oder Mittelschule ihre allgemeine Schulbildung zu beenden, obwohl sie in der Lage wären, das Abitur zu schaffen. Viele dieser kinderreichen Familien landen wegen der sich häufenden Schwierigkeiten schließlich im Obdachlosenasyll, wo das Leben nur ein Vegetieren unter den mißtrauischen Augen von Fürsorgeämtern und Polizei ist.

Also Abtreibung des kommenden Kindes? Angesichts des Elends kinderreicher Familien sind die pfäffischen Moralausdünstungen über "das werdende Leben, das es zu schützen gilt", entweder der Ausdruck einer dem realen Leben der Mehrheit des werktätigen Volkes weggewandter Frömmerei, oder aber reiner Zynismus im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse - aber dazu kommen wir noch.

Da die Arbeiterfamilie keine Beziehungen zu den ohnehin zu teuren Dienern der privilegierten Schichten unter den Ärzten hat und auch zu einer Abtreibungsreise in eine englische Privatklinik kein Geld im Arbeiterhaushalt vorhanden ist, bleibt dann nur der Weg zum Kurpfuscher. Die Eingriffe dieser medizinischen Dilletanten bleiben oft nicht ohne Nachwirkungen - hunderte von Frauen sterben daran, 10 - 20% werden unfruchtbar, bei vielen anderen treten Nachwirkungen wie z.B. fieberhafte Erkrankungen und Nachblutungen auf.

**... UND DIE ARBEITERJUGEND**

Und das Arbeitermädchen, das, unerfahren im Umgang mit Verhütungsmitteln, ein Kind erwartet? Hier ist die Situation noch viel schwieriger. Zwar würde die biologische und charakterliche Entwicklung des Mädchen und des Jungen z.B. in der Lehrzeit ihnen durchaus ein befriedendes Sexualleben erlauben, zumal doch dies einer der wenigen Genüsse ist, die sie sich trotz ihrer finanziellen Misere leisten könnten, und der sie wenigstens zeitweise ihre Unterdrückung im Betrieb, in der Berufsschule und im Elternhaus vergessen lassen könnte. Aber natürlich sind diese Jugendlichen nicht in der Lage, eine Familie zu gründen. Neben den ins Auge springenden finanziellen Schwierigkeiten sind sie meist wegen ihrer mangelnden

Lebenserfahrungen nicht bereit, sich durch ein Kind in eine Muß-Ehe treiben zu lassen. Außerdem lehnen sie es ab, die Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen, bevor sie selbst nicht charakterlich ausgereift sind. Der Weg zu einer sachgerechten Abtreibung ist hier aber noch vielschwieriger, haben die Jugendlichen selbst doch oft nicht das Geld, gleichzeitig aber auch eine allzu oft berechtigte Angst, von den Eltern zu einer Muß-Ehe gezwungen zu werden. Bleibt so nur der Gang zum Kurpfuscher, so ist die Angst vor diesem Scharlatan natürlich umso größer, je geringer die finanziellen Mittel sind. Weigert das Arbeitermädchen sich berechtigt, diesen Weg zu gehen, so hat sie die "Schande" eines unehelichen Kindes zu erwarten - das zudem die berufliche Entwicklung stark einengt und sie außerdem als spätere Ehepartnerin unattraktiv macht.

Als Ausweg aus diesen kaum zu bewältigenden Konflikten entstehen schließlich doch zu Hunderttausenden jährlich Ehen von Jugendlichen aus den werktätigen Schichten, besonders der Arbeiterklasse, die durch eine nur oberflächliche Bindung der Partner und durch das ungewollte und deshalb oft ungeliebte Kind zusammengehalten werden. Das zu erwartende Ergebnis spiegelt sich heute für jeden sichtbar in den steigenden Scheidungsraten bei den Frühehen wider.

Die Ehepartner einer solchen Muß-Ehe müssen ihre Wunschvorstellungen über ihre berufliche Entwicklung meist begraben, weil sie gezwungen sind, sich kurzfristig die finanzielle Grundlage für die Führung eines Familienhaushaltes zu schaffen. Die junge Frau wird kaum noch Möglichkeiten einer kontinuierlichen beruflichen Betätigung mit Qualifizierungsmöglichkeiten haben. Der junge Ehemann muß ein vielleicht geplantes Techniker- oder Ingenieurstudium oder andere Weiterqualifizierungen völlig in den Wind schreiben. Der zweite Bildungsweg, der die in der Arbeiterfamilie verpaßten Chancen nachholen sollte, wird unerreichbar.

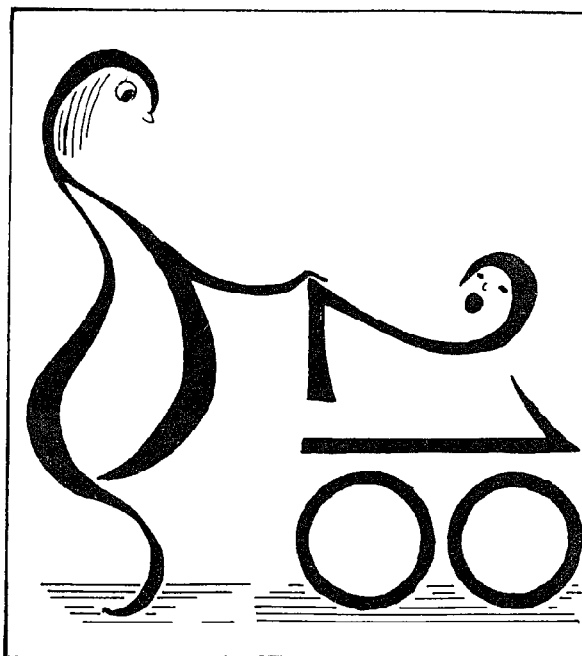
## WARUM ÜBERHAUPT ABTREIBUNG - ES GIBT DOCH VERHÜTUNGSMITTEL !

Natürlich, es gibt die Pille, und wer die Pille nicht verträgt, kann Pessare oder noch andere sichere Verhütungsmittel gebrauchen. Eigentlich wären also Abtreibungen heute nicht mehr notwendig - zumindest eine Seltenheit.

Aber wer mit Hilfe der Verhütungsmittel ungewollte Kinder verhindern will, muß - das ist eine Banalität - gelernt haben, mit ihnen richtig umzugehen, muß also zumindest umfassend über seinen Körper Bescheid wissen. Doch die "Aufklärung" und der Biologieunterricht in der Schule hat in der Vergangenheit auch nicht ansatzweise diesem Ziel gedient (besonders natürlich nicht in der Nazizeit, wo Konderkriegen Vaterlandsliebe bedeutete, brauchte man doch Kanonenfutter für die imperialistischen Kriege). Aber auch heute sieht es mit sexualkundlichem Unterricht in der Schule ziemlich trostlos aus. Allenfalls wird gelehrt, wie überhaupt das Säugetier "Mensch" sich begattet, kaum jedoch - und in kleineren Städten und auf dem Land überhaupt nicht -, wie man - angepaßt den jeweiligen biologischen Voraussetzungen des Mädchenkörpers - Verhütungsmittel benutzt.

Viele Mädchen benutzen heute dennoch die Pille, oder wollen sie zumindest benutzen. Bekommen sie aber ohne weiteres die Pille?

Noch heute braucht ein Arzt einem Mädchen die Pille oder andere Verhütungsmittel nicht zu verschreiben, wenn er der Meinung ist, daß es für sexuellen Verkehr zu unreif ist. Viele reaktionäre Ärzte, die aus moralischer Prinzipienreite-



rei keine Verhütungsmittel verschreiben, verschleiern dies, indem sie auf die wachstums- u fruchtbarkeithemmende Wirkung bestimmter Hormone in der Pille hinweisen. Warum verschreiben sie dann aber nicht den Mädchen die genauso sicheren Kunststoffessare als Verhütungsmittel?

Daneben fordern einige Ärzte bei jungen Mädchen unter achtzehn Jahren Erlaubnisscheine der Eltern, die diese bei den herrschenden Moralvorstellungen nur unter Konflikten mit den Eltern beibringen können. Zu all dieser geplanten Unwissenheit und Willkür kommt, daß bis heute die Werbung für Zigaretten, deren Genuß anerkannt schädlich ist, nicht verboten wird, sondern in den schillersten Farben floriert, ab die Werbung für Verhütungsmittel immer noch verboten ist, und Frommsautomaten nur an bestimmten Stellen angebracht sein dürfen (z.B. in Büdnisnisanstalten - wie sinnig!)

## WELCHE FUNKTION HAT DER § 218 FÜR DIE HERRSCHENDE KLASSE?

Was würde geschehen, wenn, wie die Kommunistische Jugendorganisation SPARTACUS es fordert, der Paragraph 218 gestrichen würde, eine umfassende sexualkundliche Aufklärung in den Schulen geschähe, Verhütungsmittel und Abtreibungen auf Krankenschein zu erhalten sind?

Zuerst einmal würde der Einfluß solcher Moralinstitutionen wie der Kirche sinken, woran die Kapitalistenklasse schon deshalb nicht interessiert ist, weil die moralische Dunstglocke, die die Kirche mit ihrer Familienideologie über das Bewußtsein der Arbeiter zu stülpen versucht, ihr auch vernebeln soll, wer in der kapitalistischen Gesellschaft Herrschender und wer Beherrscht ist.

Aktuell würde aber in der BRD mit dem sinkenden Einfluß der Kirche auch der politische Einfluß der CDU/CSU sinken, die ihr Wählervolk besonders in den von den Pfaffen beeinflussten Teilen der Bevölkerung findet. Das wäre den Kapitalisten angenehm, besonders dann, wenn sie meinen, der SP nicht mehr bei der Vertretung ihrer Interessen vertrauen zu können.

Die Muß-Ehen würden rapide abnehmen. Viel mehr Jugendliche würden größere Möglichkeiten für die berufliche Qualifikation suchen. Die nicht mehr am Zusammenscharren des notwendigen Familienetats orientierten werktätigen Jugendlichen würden meist aufmerksamer die politische Entwicklung verfolgen und sich intensiver am Kampf der Arbeiterklasse beteiligen. Die Absatzchancen für Verbrauchsgüter des Familienhaushaltes, in Werbung und Herstellung ganz auf die Konsumeinheit "Arbeiterfamilie" abgestellt, würden sinken, während der Zusammenschluß von Arbeiterjugendlichen zu den wirtschaftlich günstigeren Wohngemeinschaften zunehmen würde. Die Jugendlichen würden noch stärker als jetzt schon vom Staat Jugendzentren fordern, in denen sie ohne Beaufsichtigung verhältnismäßig frei ihre Freizeit verbringen können. Die Jugendlichen selbst wären gezwungen, einen verstärkten Kampf um eigene Wohnungen zu führen, wo das Gründen einer Familie nicht Voraussetzung für die Abgabe der Wohnungen ist.

## DIE HALTUNG DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN ZUM § 218!

Daß die CDU/CSU kein Interesse an der Abschaffung oder an einer Reform des Abtreibungsverbotes hat, ist einleuchtend, rekrutiert sich doch ihr Wählervolk aus den rückständigen Schichten, die noch stark von der reaktionären pfäffischen Moral der Kirche beeinflußt sind. Für sie ist dort jede "Reform" von Übel, wo auch nur ein kleiner Kratzer an der bürgerlichen Familienidylle vorgenommen werden könnte.

Die FDP würde sich gar zu gern mit einer "Reform" des Paragraphen 218 gegen die anderen bürgerlichen Parteien profilieren, muß sie doch Angst haben, bei den nächsten Wahlen sonst völlig unterzugehen. Sie glaubt eine solche Profilierung mit ihrem Vorschlag der "Fristenlösung" erreichen zu können, was heißt, daß die Abtreibung in den



ersten drei Monaten der Schwangerschaft straf-frei bleiben soll. Allerdings zu dem, was die Arbeiterfamilie interessiert, sagt sie in ihrem Vorschlag nichts: Wer die Abtreibungen bezahlt, darüber macht sie sich keine Gedanken. Sie muß es auch nicht, denn daß die FDP in der Arbeiterklasse als arbeiterfeindliche, gewerkschaftsfeindliche Unternehmerpartei verrufen ist, das ist



# SPARTACUS

Zentralorgan der  
Kommunistischen Jugendorganisation SPARTACUS

## Bestellschein

An Arno Nickel  
1 Berlin 30  
Postfach 3971

Ich bestelle

..... Jahresabonnement SPARTACUS  
10 Ausgaben erschl. Doppelnummern  
zum Preis von  
DM 7,50 (DM 6,- + DM 1,50 Portoanteil)  
ab Heft .....

Den Betrag habe ich auf das Postscheckkonto  
Wolfgang Kaatsch  
PSchA BlnW 1026 03  
überwiesen

Name: .....  
Adresse: .....

### SPARTACUS 26

Weg mit dem § 218!  
Kampf den Fahrpreiserhöhungen!  
Nordirland  
Spanien  
Black Power I  
2. Nationale Konferenz der RKJ  
IKD-Erklärung

### SPARTACUS 27

1. Mai 1972  
Die Bourgeoisie in der politischen Führungskrise  
Betriebsrätewahlen  
Bergarbeiterstreik in England  
Black Power II

### SPARTACUS 28

Zur innenpolitischen Lage  
Vietnam  
Chile  
Wahlkampf in Bad.-Württemberg  
Antiautoritäre Bewegung  
KPD

wohl auch der Führung der FDP langsam klar geworden,

Die SPD, von deren Votum es abhängen würde, ob in absehbarer Zeit eine - von ihr schließlich lautstark verkündete - Reform des Paragraphen 218 durchgeführt wird, hat sich neuerdings auf eine andere Taktik besonnen: Arbeitsteilung mit dem Koalitionspartner FDP den nächsten Wahlkampf anpeilend, zielt sie nun mehr auf die katholische Arbeiterschaft und überläßt es der FDP, mit ihrer Fristenlösung das liberale Milieu der Aufsteiger-schichten und Selbständigen für sich zu gewinnen. Um deshalb die vom Klerus bisher stark beeinflussten Kollegen für sich zu gewinnen, vermeidet sie es, sich mit der Kirche anzulegen. Das Ergebnis ist nicht nur, daß die Parteispitze der SPD sich nicht um die Durchführung des Parteitagsbeschlusses kümmert - was gar nicht anders zu erwarten war. Das Ergebnis ist auch, daß sie nun schon seit 1969 an dem 12. Regierungsentwurf bastelt und auch die in diesem Monat vorgesehene parlamentarische Behandlung im Bundestag erst einmal auf die lange Bank geschoben hat. Dabei hat sich die Regierung einen Reform-



entwurf jetzt ausgedacht, der weder die Bezeichnung "Reform" verdient, geschweige denn einen "großen Wurf" darstellt, sondern schlicht und einfach das Ende der Reform bedeutet. Die Regierung hat damit einen Vorschlag in der Hinterhand, der zu einem günstigen Zeitpunkt im Bundestag eingebracht - so verwässert selbst von Teilen der CDU akzeptiert werden kann. Bringt er damit den SPD-Regenten zwar eine parlamentarische Mehrheit, so bringt er eins ganz gewiß nicht: eine spürbare Veränderung für die Arbeiterfrau, die Arbeiterfamilie und besonders das Arbeitermädchen.

Wir sehen also auch hier die betrügerische Politik der SPD, wir sehen hinter ihrem dünnen Fortschrittsschleier, mit dem sie besonders in Wahlkämpfen verführerisch in der Luft herumwirbelt, nichts anderes als die zynische Fratze einer verkommnen Parteibürokratie, die bereit ist, für die Privilegien, die ihr der bürgerliche Staat gewährt, alle Versprechungen, mit deren Hilfe sie noch immer die Unterstützung der Arbeiterklasse hat, zu brechen. Wir sehen hier erneut, daß sie bereit ist, alle nur erdenklichen Manöver zu vollziehen, nur um an der Macht zu bleiben. Mit theatralischen Scharnspielen, wie wir sie bei ihrer "Friedenspolitik" erleben konnten, versucht sie im Grunde nur, von der Nichterfüllung ihrer Reformversprechungen abzulenken.

## DIE ARBEITERBEWEGUNG UND DER KAMPF GEGEN DEN § 218!

Wir haben schon genügend ausgeführt, daß es sich bei dem Abtreibungsverbot um ein Gesetz handelt, das nicht speziell der Unterdrückung der Frau dient, sondern der Unterdrückung der Arbeiterfrau, der Arbeiterfamilie und besonders der Arbeiterjugend, und daß deshalb der Kampf gegen dieses Gesetz Bestandteil des Klassenkampfes ist. Deshalb ist auch die Antwort einiger Frauengruppen, die gegen das Abtreibungsverbot im Rahmen einer "Befreiung der Frau" kämpfen, zu kurz und falsch.

Seit Jahrzehnten führen die Arbeiterorganisationen wie Gewerkschaften und sozialistische und kommunistische Arbeiterparteien in Deutschland Losungen in ihren Aktionsprogrammen gegen den § 218. Doch allein die Kommunistische Partei und die mit ihr verbundenen Organisationen führten zur Zeit der Weimarer Republik einen kompromißlosen Kampf gegen dieses Gesetz.

Die Führung des DGB entwickelte sich nach dem 2. Weltkrieg immer mehr zur Hilfstruppe der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien, besonders der SPD. Damit die Bürokratie Anlässe hat, feierliche Reden zu halten, wurde das Jahr 1972, wohl mehr zufällig als geplant, zum "Jahr der Arbeitnehmerin" erklärt. Die Forderungen der Frauenausschüsse im DGB nahm man jedenfalls bisher nur jeweils interessiert zu Kenntnis und scherte sich nicht weiter um deren Verwirklichung, hätten sie doch bedeutet, die gesamte Gewerkschaftsorganisation in den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zu führen, wozu sich allerdings Vetter und Konsorten, die ganze Gewerkschaftsbürokratie nicht berufen fühlt.

Neben anderen Resolutionen in verschiedenen Gewerkschaftsbereichen sprach sich die 7. Frauenkonferenz des DGB im Juni 1971 mit überwältigender Mehrheit für eine gegenüber den diversen "Jahn-Entwürfen" geradezu radikale Lösung des Abtreibungsproblems aus:

"Die Delegierten der 7. Bundesfrauenkonferenz wenden sich an den Gesetzgeber mit der Anforderung, die §§ 218 und 220 StGB abzuschaffen und dafür folgende Regelung zu treffen: Schwangerschaftsunterbrechung bis zum 3. Monat sind grundsätzlich straffrei, wenn sie von einem fachlich ausgebildeten Arzt vorgenommen werden. Darüber hinaus ist ein Abbruch der Schwangerschaft auch noch möglich, wenn ernste Gefahr für Leib und Leben der Frau besteht; wenn schwere geistige oder seelische Schäden des Kindes zu erwarten sind; wenn eine Schwangere das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die durch den Eingriff entstehenden Kosten werden von den

Krankenkassen getragen. Kurpfuscherei wird weiterhin unter Strafe gestellt."

Bisher ist durch die Gewerkschaftsbürokratie nichts unternommen worden, um diese Resolution zur Grundlage eines Kampfes gegen den Paragraphen 218 zu machen - ihr enges Bündnis mit der SPD-Parteibürokratie hat sie offensichtlich einmal mehr davon abgehalten, genießt sie doch gemeinsam mit dieser die Privilegien, die die Kapitalisten für ihre Interessenvertreter zu vergeben haben.

Auch die DKP und die SEW als einzige sozialistische Arbeiterparteien in Westdeutschland und Westberlin begnügen sich bisher mit dem Abdruck wortradikaler Phrasen "linker" Gewerkschaftsbürokraten und dem sinnigen Hinweis, wie gut es doch die Frau in der DDR hätte, wo kürzlich das Abtreibungsverbot zugunsten einer der FDP ähnelnden Fristenlösung wieder aufgehoben wurde.

# SPARTACUS

Kommunistische Jugendorganisation

## Kontaktanschriften

Nord	Peter Weis 2 Hamburg 19 Langenfelder Damm 38
NRW	Thomas Riepenhausen 43 Essen 1 Fröhnhauser Str. 426
Rhein/Main	Rita Schäffler 6 Ffm-Schwanheim Am Weidenwörth 3
Baden/ Württemberg	Hans Wolf 7014 Kornwestheim Ludwig-Herr-Str. 4
Berlin	Arno Nickel 1 Berlin 30 Postfach 3971

Selbst auf dem Kongreß der SDAJ Ostern 1972 wurde sehr viel über die Ratifizierung der Ostverträge gesprochen, aber kein Wort gesagt zum Kampf gegen den § 218. Man wollte wohl die SPD nicht in Schwierigkeiten bringen, indem man den Kongreß nicht zum Ausgangspunkt einer Kampagne gegen die betrügerische Politik der SPD, zum Beispiel anhand des Themas Abtreibungsverbot, machte.

DGB-Bürokratie und SDAJ-Führung sind offensichtlich schon so in ihrer Umarmungspolitik gegenüber der SPD befangen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Arbeiterjugend in einen konzentrierten Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu führen, und verraten so das Vertrauen des Teils der Arbeiterjugend, der sich mit DKP und SDAJ verbunden fühlt.

## ... UND WIE SOLL DER KAMPF GEFÜHRT WERDEN ?

Die Kommunistische Jugendorganisation SPARTACUS hat den Kampf gegen den § 218 aufgenommen mit dem Ziel, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften eine Kampffront der Arbeiterjugend gegen dieses Gesetz aufzubauen.

Hier hat der gewerkschaftliche Kampf gegen die Passivität und den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie eine besondere Bedeutung in der Perspektive der Durchsetzung unserer Forderungen, ist doch die Gewerkschaftsjugend der aktivste und bewußteste Teil der Arbeiterjugend. Erst wenn es gelingt, sie in diesem Kampf zu mobilisieren und durch sie die älteren und noch passiven Kollegen, besonders hier die Kolleginnen, mitzureißen - vertrauen sie doch noch stärker der SPD-Regierung oder hoffen auf eine klassenkämpferische Haltung der DKP-Führung - wird auch die Gewerkschaftsbürokratie in Bewegung geraten, um ihre Basis nicht zu verlieren.

**MIT DER EINHEIT DER ARBEITERJUGEND ZUR EINHEITSFRONT DER ARBEITERKLASSE IM KAMPF GEGEN DAS ABTREIBUNGSVERBOT !**

**FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES § 218 !**

**FÜR UMFASSENDEN SEXUALKUNDE-UNTERRICHT IN DEN SCHULEN !**

**FREIE ABGABE VON VERHÜTUNGSMITTELN UND DURCHFÜHRUNG DER ABTREIBUNG AUF KRANKENSCHHEIN !**

Ich bin an SPARTACUS-Material interessiert:  
Name:.....  
Adresse:.....  
Beruf:.....  
Gewerkschaft:.....  
(zu beziehen über Kontaktanschrift)

Lest und abonniert die

**KOMMUNISTISCHE**

**GEWERKSCHAFTSPOLITIK**

LOKALE AUSGABEN IN: Frankfurt  
Berlin

**12 Ausgaben einschl. Sondernr. im Abonnement 5,-**

REDAKTIONSANSCHRIFT: Arno Nickel  
1 Bln. 30  
Postfach 3971

Postscheck: R. Steinke  
PSch A BlnW 33 84 33